

links im landtag

Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag

Herbst 2016 · Ausgabe Landkreis Bautzen



Liebe Bürgerinnen und Bürger!

Was ist nur los in »unserem« Sachsen? Diese Frage höre ich schon seit Jahren und aktuell wieder verstärkt. Nach 26 Regierungsjahren der CDU bröckelt die sächsische Fassade an allen Ecken und Enden. Da hilft es auch wenig, wenn die CDU jetzt versucht, die angerichteten Schäden dort zu beseitigen, wo sie nicht mehr zu verdecken sind.

Viele von Ihnen sind unzufrieden. Zu Recht. Ich bin es auch. Es gibt dafür genug Gründe.

Die CDU hat Sachsen jahrzehntelang zu einem Niedriglohnland gemacht. Daraus entsteht zwangsläufig Altersarmut. Viele haben die Flucht ergriffen und den Freistaat verlassen. Wie mein Sohn mit seiner Frau. Sie werden nicht ins Erzgebirge zurückkommen.

An den Schulen fehlen ausgebildete Lehrkräfte, auch bei Polizei und Justiz herrscht Personalnot. Ich kann Ihnen sagen, der demokratische Rechtsstaat kommt langsam unter die Räder. Ärzte haben keine freien Termine mehr. Auf dem Land schließen Geschäfte, der Bus fährt selten oder gar nicht. Das ist Staatsversagen auf der ganzen Linie, das einen Namen trägt: CDU. Die CDU riskiert die Zukunft meiner, unserer Kinder.

Das alles sorgt für Frust und Furcht, das verstehe ich. An der Situation ist jedoch kein einziger Neuankommling in Sachsen schuld.

Unsere Alternative als Linksfraktion heißt: soziale Sicherheit für alle. Schulerfolg darf eben nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen. Renten müssen alle vor Armut schützen. Das Gesundheitssystem muss alle gerecht behandeln. Dazu müssen alle beitragen – solidarisch. Wer viel hat, kann auch mehr abgeben. Steuerflucht darf es nicht mehr geben und große Vermögen dürfen nicht länger von Steuern verschont werden, auch nicht, wenn sie geerbt werden. Für all das muss Sachsens Regierung kämpfen, hier und in Berlin.

Ich bin überzeugt: Wer – wie die AfD – versucht, am rechten Rand aus Ängsten für sich Kapital zu schlagen, will keine Probleme lösen. Viele CDU-Abgeordnete pflegen dennoch ein enges Verhältnis zur AfD. Das lässt nur einen Schluss zu: Sie wollen sich die selbsternannte »Alternative« für ihre schwarze Mehrheit »warmhalten«. Ich glaube, dass die sächsische AfD bereitsteht wird.

Es geht um unser aller Zukunft. Deshalb stellen wir, anders als die Parteien der sozialen Spaltung, die herrschenden Vermögens- und Produktionsverhältnisse infrage. Für uns ist das die Lösung der Probleme. Deshalb sind wir für die Mächtigen gefährlicher als die AfD. Dafür stehen wir und dabei bleibt's!

Rico Gebhardt

Rico Gebhardt
Fraktionsvorsitzender



Unter dem Motto »Zukunft der Regionen« ist die Linksfraktion in diesem Jahr durchs Land getourt. Die Abgeordneten haben mit der Bevölkerung auch über Gesundheitspolitik gesprochen. Immer wieder beklagen die Menschen im Landkreis Bautzen den Ärztemangel und die fehlende medizinische Infrastruktur auf dem flachen Land.

Nach einem Bericht der Amtsärztin des Landkreises Bautzen gibt es bereits in sieben von 56 Gemeinden keine Hausärzte. In Hoyerswerda fehlen neun Hausärzte, in Kamenz drei und in Bautzen einer. Die Facharztversorgung für den Landkreis ist zwar gesichert, aber sehr zeitaufwändig für Patienten, weil nicht in jeder größeren Stadt ein Facharzt jeder

Richtung ansässig ist. Das alles wird für unsere immer älter werdende Bevölkerung zunehmend zum Problem, aber auch für Familien mit Kindern und pflegebedürftige Personen. Der ausgedünnte öffentliche Nahverkehr spielt bei der Erreichbarkeit medizinischer Einrichtungen ebenfalls eine große negative Rolle.

Was kann getan werden? Ein wichtiger Schritt, den auch die Linksfraktion unterstützt, ist die Einrichtung von Medizinischen Versorgungszentren (MVZ). Bisher gibt es im Landkreis fünf MVZ mit den verschiedensten Fachärzten, die von den Kliniken betreut werden bzw. in den Kliniken angestellt sind. Früher nannte man das im Osten Polikliniken. Entscheidend ist aber nicht der Name, sondern dass es diese

Einrichtungen gibt. Auf jeden Fall ist diese Form der Zusammenarbeit ausbaufähig. Dazu muss die Landespolitik schneller bürokratische Hürden abbauen und Zulassungen von Ärzten besser unterstützen. Damit wären wir bei einer zweiten Forderung der Linksfraktion. Es braucht für Jungärzte in unserem Land bessere Anreize und Unterstützung zur Ansiedlung im ländlichen Raum. Das sollte doch bei unseren reichen Krankenkassen kein Problem sein!

Einen dritten Lösungsvorschlag haben wir als LINKE bereits vor vielen Jahren gemacht. Er sollte unbedingt neu durchdacht werden. Zu DDR-Zeiten gab es 5.500 Gemeindegeschwestern im ländlichen Raum. Schon 2006 hat die damalige Linksfraktion im Landtag beantragt, Geld zur Verfügung zu stellen, um solch eine Grundversorgung im medizinischen Bereich einrichten zu können. Sie würde Ärzte entlasten, Patienten müssten nicht stundenlang in Bus und Bahn unterwegs sein. Wir werden diese Vorschläge weiter qualifizieren und immer wieder Druck auf die Regierung ausüben. Wir bleiben dran. Versprochen!

Marion Junge, MdL

■ Mehr dazu: Landtags-Drucksache 6/1858 und Landtags-Drucksache 6/6123

Kein Pardon bei sorbenfeindlichen Straftaten – Links wirkt!

Ab Herbst 2014 verübten Rechtsradikale im Kreisgebiet mehrere Übergriffe auf sorbische Jugendliche. Die Taten, Ermittlungsergebnisse und die strafrechtliche Verfolgung waren Thema des Forums »Gewalt gegen die sorbische Jugend konsequent verfolgen – sorbische Identität und Kultur schützen!« An der Diskussion, die die Linksfraktion in einem Jugendclub bei Bautzen veranstaltete, beteiligten sich auch der Görlitzer Staatsanwalt Jürgen Ebert sowie Dirk Münster, Kriminaldirektor des Operativen Abwehrzentrums. Die meisten Verfahren wegen Körperverletzung wurden aufgrund fehlender Beweise eingestellt. Ein weiteres Verfahren wanderte zu den Akten, da Aussage gegen Aussage stand. Offen ist lediglich ein Strafbefehl wegen des Zeigens verfassungsfeindlicher Symbole. Die Polizei bekräftigt, dass sie grundsätzlich jeder angezeigten politisch motivierten Straftat nachgeht. Dennoch führt mangelndes Vertrauen in die Ermittlungsbehörden oft dazu, dass Übergriffe nicht angezeigt werden. Deshalb sind vertrauensbildende Maßnahmen seitens der Ermittlungsbehörden, zum Beispiel in Form von Präventionsarbeit an Schulen, notwendig.

Die Debatte bringt nun erste Erfolge. Während sich die Staatsregierung bisher dagegen ausgesprochen hatte, »sorbenfeindliche Straftaten« in der polizeilichen Kriminalstatistik gesondert auszuweisen, wird dies nun ab 2017 gewährleistet. Künftig sollen auch verstärkt sorbischsprachige Polizisten im sorbischen Siedlungsgebiet eingesetzt werden. Das haben wir seit zehn Jahren gefordert. Auch gegen sorbenfeindliche Hasstiraden im Internet soll künftig verstärkt vorgegangen werden.

Ein bleibendes Thema sind zudem Probleme mit Security-Personal bei sorbischen Festen. Nicht selten kamen bisher ortsbekannte Rechtsradikale zum Einsatz, die aufgrund ihrer Gesinnung einseitig handeln und urteilen. Ich werde mich weiterhin für den Dialog zwischen den ermittelnden Behörden und den sorbischen Jugendlichen einsetzen. Die Ermittlungsbehörden sind gefordert, weiter auf die Sensibilisierung der Beamten hinsichtlich möglicher sorbenfeindlicher Hintergründe von Straftaten hinzuwirken.

Heiko Kosel, MdL

■ Mehr dazu: Landtags-Drucksache 6/6532



Marion Junge

Grüne Straße 1, 01917 Kamenz
☎ +49 (0)3578 787339
Hauptstraße 11, 01454 Radeberg
☎ +49 (0)3528 485 1033
✉ bb-junge@linksfraktion-sachsen.de

Heiko Kosel

Schülerstraße 10, 02625 Bautzen
☎ +49 (0)3591 3189904
✉ bb-kosel@linksfraktion-sachsen.de

LINKER Staatshaushalt für 2017/18: Soziale Alternative statt Pfusch-Reparatur



– Einsparungen

»So geht sächsisch« geht nicht mehr

Die teure Imagekampagne hilft weder gegen Pegida-Pöbler noch gegen eine selbstherrliche CDU-Regierung, die Sachsens Ruf ruiniert. Deshalb wollen wir sie auf null setzen. Statt in die Fassade muss der Freistaat in seine soziale Substanz und die Zivilgesellschaft investieren, dann kann's auch mit dem Image bergauf gehen. Ersparnis: **8 Millionen Euro**.

Aus drei mach eins:

Ein Statistikamt für drei Länder

Sachsen, Thüringen und Sachsen-Anhalt sollten ihre Statistischen Landesämter zusammenlegen. Das spart Personal und Ressourcen, die Informationen bleiben. Ersparnis: **Mehr als 17 Millionen Euro**.

Zentrum für Telekommunikationsüberwachung: Keine Rechtsgrundlage

Dem geplanten länderübergreifenden Rechen- und Dienstleistungszentrum, mit dem die Polizei die Telekommunikation überwachen soll, fehlt auf absehbare Zeit jede Rechtsgrundlage.

Also müssen dafür auch nicht knapp **4 Millionen Euro** eingeplant werden.

Keine Kirchentage auf Staatskosten!

Wir wollen nicht, dass der Freistaat kirchliche Großveranstaltungen großzügig bezuschusst, noch dazu ohne die Verwendung der Mittel zu kontrollieren. Andere zivilgesellschaftliche Organisationen müssen für ihre Veranstaltungen auch selbst aufkommen. Ersparnis: **Mehrere Millionen Euro**.

Kohleförderer sollen für Umweltschäden haften

Bergbau verursacht gewässerökologische und andere Umweltschäden. Dafür sollen nicht wir alle haften, sondern die Tagebaubetreiber mit ihrem Gewinn. Auch sie sollen deshalb die Wasserentnahmeabgabe zahlen. Das bringt **5,6 Millionen Euro** mehr für die Sicherung der Gewässerqualität. Auch die Förderabgabe soll fällig werden – bisher entgehen dem Freistaat jährlich mehrere Millionen Euro, weil sie zwar für Rohstoffe wie Lithium oder Flussspat erhoben wird, nicht aber für Braunkohle.

Steuereinnahmen realistisch einschätzen!

CDU-Finanzminister Georg Unland rechnet den Freistaat künstlich arm, um gigantische Rücklagen zu bilden, während überall Geld fehlt. Die vielen Millionen, die derweil beispielsweise im »Zukunftssicherungsfonds« schlummern, werden infolge der Niedrigzinspolitik aufgezehrt. Sparen ist gut und richtig, für die CDU aber ist es zum Fetisch geworden. Ob Umsatzsteuer, Lotteinnahmen oder die üblichen Spartöpfe: Geld, das nach vernünftigen Maßstäben verfügbar ist, wollen wir auch nutzen – für Investitionen in Schulen, Sicherheit, Soziales, Nahverkehr. So lassen sich bei realistischer Betrachtung mehr als **840 Millionen Euro** lockermachen.

2009 benannte Stanislaw Tillich sein bisher einziges konkretes Regierungsziel. Weil die Bevölkerung schrumpfe, müsse die Zahl der Landesbediensteten von 87.000 auf 70.000 sinken. »Tillich wusste, was nötig sein würde, um das zu erreichen«, meint der LINKEN-Haushaltsexperte Sebastian Scheel. Die meisten Menschen, die für den Freistaat arbeiten, sind an Schulen, bei der Polizei und in der Justiz tätig. »Wer dort planlos kürzt, schädigt die staatliche Handlungsfähigkeit«. Die Folgen von Tillichs Fehleinschätzung kennen wir. Das Schuljahr startete mit der Nachricht, dass fast jede zweite neue Lehrkraft nicht pädagogisch ausgebildet ist. Schon nach 1945 mussten solche »Neulehrer« das Schulwesen wieder aufbauen. Auch bei der Polizei zeigt sich Staats-Verfall, der nicht konsequent bekämpft wird. Setzen CDU und SPD ihre Pläne um, werden frühestens 2025 mehr Beamte auf den Straßen unterwegs sein.

Wie Kapitän Smith auf der Titanic

Jahrelang haben die CDU-geführten Regierungen alle Warnungen in den Wind geschlagen.



© ViennaFrame - Fotolia.com

+ Investitionen

Gegen die Bildungskrise!

Sachsen ist ein schlechter Arbeitgeber für Lehrerinnen und Lehrer: Nirgendwo in Deutschland verdienen sie weniger als hier, trotz des »Maßnahmepakets« der Regierung. Mehr als die Hälfte der Lehrkräfte, die zum Beginn dieses Schuljahres eingestellt wurden, hat keine pädagogische Ausbildung. Wir fordern weiterhin einen Landestarifvertrag, der Sachsens bundesweiten Rückstand bei der Lehrerbezahlung wirklich ausgleicht! Auch die Qualifizierung der Seiteneinsteiger verlangt größere Anstrengungen. Schon die Verdoppelung der Zahl der Lehramtsstudienplätze von 2.000 auf 4.000 kostet **21 Millionen Euro**.

Gutes Lernumfeld, kostenfreie Lernmittel

An den Schulen kommt es auch auf eine gute Lernatmosphäre für alle an. Deshalb sollen Städte und Landkreise 40 Millionen Euro zusätzlich für den Schulhausbau bekommen. Für knapp dieselbe Summe wollen wir weitere Schulpsychologen einstellen und eine flächendeckende Schulsozialarbeit sichern.

20 Millionen sollen in den Ausbau der Ganztagsangebote fließen. Außerdem sollen die Kommunen als Schulträger **10 Millionen Euro** zusätzlich bekommen, damit sie nicht allein für Schulbücher, Taschenrechner, Kopien und andere Lernmittel aufkommen müssen.

Zügig mehr Polizisten ausbilden!

Die Hochschule der Polizei soll weitere Lehrkräfte bekommen, damit mehr Anwärterinnen und Anwärter für den Polizeiberuf ausgebildet werden können. Ab 2018 sollen jährlich nicht nur 600, sondern 750 Polizeimeisterinnen und -meister sowie Polizeikommissarinnen und -kommissare ausgebildet werden können. Investition: **3,33 Millionen Euro**.

Erwachsenenbildung stärken!

Auch die Volkshochschulen leiden unter der Finanznot. In den vergangenen zehn Jahren wurden die Mittel, die der Freistaat für Weiterbildung ausgab, nicht erhöht. Das wollen wir nachholen und mehr Geld in Unterrichtsräume und Technik, eine bessere Bezahlung der Lehrkräfte, in digitale und demokratische Bildung stecken. Investition: Knapp **11 Millionen Euro**.

Auf den drohenden Lehrermangel hatte die Linksfraktion schon 2006 hingewiesen. Nun steht Sachsen vor dem Scherbenhaufen und Kultusministerin Kurth barmt, dass sie die »Fehler der Vergangenheit nicht heilen« könne. Finanzminister Unland aber wirkt weiter wie Kapitän Smith auf der Brücke der Titanic: gänzlich unbekümmert. Im Landtag singt er weiter sein Lied: Der Freistaat habe »bereits jetzt schon überdurchschnittliche Ausgaben in vielen Personalbereichen«. Und Tillich, der die Richtlinien der Politik bestimmt? Man hört kein Machtwort. Vor der Verantwortung drücken kann er sich jedenfalls nicht, die Fehler der Vergangenheit sind auch seine.

Nichts als Wiederaufbau

Mit dem Doppelhaushalt 2017/18, der im Dezember 2016 beschlossen werden soll, versucht die Koalition endlich, ihre Schäden einigermaßen zu reparieren. Wiederaufbau – das ist alles, wozu sie bereit ist, obwohl Mittel in Rekordhöhe verfügbar sind: für 2017 und 2018 stehen etwa 37,5 Milliarden Euro bereit. »Dennoch leistet sich die Regierung den Luxus, bei den großen Herausforderungen nichts Substantielles zustande zu bringen«, kritisiert Oppositionsführer Rico Gebhardt. »Dabei müssen auch wir auf unserem Stück Erde damit umgehen, was auf uns zukommt –

die Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrise, die Krise der EU und ihre Unfähigkeit, die humanitäre Krise der Geflüchteten zu lösen, die Militarisierung der Außenbeziehungen und Terrorismus-Bedrohungsszenarien, oder TTIP und CETA, die den Turbokapitalismus weiter entfesseln sollen«.

LINKER Alternativ-Haushalt für sozialen Ausgleich

Sachsen braucht eine soziale Offensive, um die Existenzängste, die immer mehr Menschen befallen, an der Wurzel zu packen! Geld dafür ist vorhanden, es muss genutzt werden. Die sozialen Großbaustellen häufen sich – etwa der Mangel an bezahlbarem Wohnraum in Großstädten oder die Langzeitarbeitslosigkeit. Die Linksfraktion will unter anderem mehr Sozialwohnungen und einen öffentlich geförderten Arbeitsmarkt, der diejenigen integriert, die bisher außen vor bleiben. Wie schon seit 15 Jahren legen wir auch diesmal einen alternativen Haushaltsentwurf vor (www.gleift.de/1vB), der ohne Neuverschuldung auskommt. Mit mehr als 150 Änderungsanträgen zum Regierungsentwurf soll nicht alles anders, aber vieles besser werden (Beispiele unten, Zahlen jeweils für 2017+2018). Wir wollen 2016 und 2017 mehr als eine Milliarde Euro anders einsetzen, um den Staat handlungsfähig zu halten. Und wir wollen den sozialen Ausgleich – ganz konkret!

Solide Krankenhäuser

Der Freistaat stellt den Krankenhäusern Mittel für Investitionen zur Verfügung – allerdings zu wenig, um den Sanierungsstau zu beheben. Mit gut **40 Millionen Euro** zusätzlich wollen wir ein gutes Stück vorankommen.

Mehr Arbeitsschutz, weniger Unfälle

Die Arbeitsschutzbehörden sind aufgrund von Personalabbau fast handlungsunfähig – die Zahl der aufgesuchten Betriebe hat sich in den letzten zehn Jahren fast halbiert. Wir wollen zehn zusätzliche Arbeitsschutzinspektoren einstellen. Investition: reichlich **1,2 Millionen Euro**.

Sachsens Justiz braucht Hilfe

Zwischen 2003 und 2015 büßten unsere Gefängnisse viel Personal ein: Der CDU-Kürzungskurs hat von ehemals 2.208 Beamten nur 1.771 übriggelassen. Mit zusätzlich **9,2 Millionen Euro** wollen wir 50 weitere Vollzugsbeamte einstellen, in jeder Haftanstalt eine weitere feste Psychologen-Stelle schaffen und Honorarkosten für Dolmetscherleistungen abdecken.

Kitas fördern!

An der frühkindlichen Bildung darf nicht mehr gespart werden! Wir wollen insgesamt **148 Millionen Euro** zusätzlich bereitstellen, unter anderem für die Anerkennung der Vor- und Nachbereitungsstunden von Kita-Erzieherinnen, die Verdoppelung der Kita-Investitionsmittel auf **20 Millionen Euro**, mehr Familienbildung und Sprachförderung.

Sozialer Wohnungsbau

Wohnungsnot trifft vor allem Familien und Menschen mit niedrigem Einkommen. Um sie zu lindern, sind staatliche Eingriffe in Form von Baukostenzuschüssen nötig, um die Mieten nach Neubau oder energetischer Sanierung bezahlbar zu halten. Wir wollen die Wohnraumbförderung bis 2018 um **60 Millionen** auf 166 Millionen Euro aufstocken.

Jugendarbeit verstärken

Wir wollen die Mittel für Jugendsozialarbeit auf insgesamt **30 Millionen Euro** pro Jahr verdoppeln. Die Jugendpauerschule für die kommunalen Jugendhilfeträger soll auf 15 Euro pro Jugendlichen und Jahr erhöht werden.

Arbeit finanzieren, nicht Arbeitslosigkeit!

Ein dauerhafter öffentlicher Beschäftigungssektor bietet den nach wie vor zahlreichen und oft älteren Langzeiterwerbslosen eine Chance. Für eine entsprechende Erweiterung des Landesarbeitsmarktprogramms wollen wir jährlich **7 Millionen Euro** ausgeben.

Sport und Kultur nicht vernachlässigen

Sport und Kultur sind für den gesellschaftlichen Zusammenhalt unverzichtbar. Wir wollen den Sportstättenbau weiter auf gleichem Niveau fördern – mit jährlich **17,5 Millionen Euro**. Bei den Kulturräumen legen wir gut **17 Millionen Euro** drauf.

Auch auf dem Lande sicher mobil!

Für den Öffentlichen Nahverkehr auf dem Lande wollen wir insgesamt **236,34 Millionen Euro** mehr einsetzen, damit die Verkehrsverbände Schritt für Schritt flächendeckend Bus- und Bahnverbindungen für alle ermöglichen können. Die Mittel für den Ausbildungsverkehr wollen wir jährlich um knapp **15 Millionen** auf 75 Millionen erhöhen.

Feuerwehren aufrüsten

Damit Gebäude, Geräte und Schutzausrüstungen nicht immer weiter veralten und der Investitionsstau etwas abgebaut wird, wollen wir den Kommunen jährlich zehn Millionen Euro mehr für den Brandschutz geben. Den Jugendfeuerwehren möchten wir 20 Prozent mehr Mittel zukommen lassen, das sind dann **300.000 Euro** pro Jahr.

Ein Herz für Tier(heim)e

Wir wollen die Zuschüsse für Tierheime aufstocken und das Amt eines Landestierschutzbeauftragten schaffen. Investition: etwa **1,5 Millionen Euro**.

Strukturwandelfonds Sachsen

Weite Regionen in Sachsen sind vom Kohleabbau geprägt. Das Ende dieses Wirtschaftszweiges ist absehbar. Wir wollen die Lausitz zur Modellregion für die Energiewende machen, um neue Arbeitsplätze zu schaffen. Ein Fonds soll die nötige Forschung ermöglichen – mit jährlich **5 Millionen Euro**.



Wie streitet die Linksfraktion für mehr Lebensqualität in ländlichen Regionen? »links im landtag« sprach mit der mittelsächsischen LINKEN-Abgeordneten Dr. Jana Pinka.

Frau Dr. Pinka, hat die Politik den Bezug zu alltäglichen Lebensproblemen verloren?

Es gibt nicht »die« Politik. Politik wird von unterschiedlichen Leuten gemacht, die verschiedenen Interessen dienen. Wir als LINKE versuchen, im Sinne der Bürgerinnen und Bürger zu handeln. Das geht nur, wenn wir mit Herz und Verstand auf sie zugehen und ihnen zuhören. Das gilt für alle Altersgruppen und sozialen Schichten. Was die Leute bewegt, erfahren wir nur bei ihnen vor Ort, im Gespräch.

Wie soll denn das gehen?

Seit Mai waren wir deshalb unter dem Motto »Regionen der Zukunft: Sachsen – Hier leben, hier bleiben« in allen Landkreisen unterwegs. Wir wollten wissen, was sich die Menschen wünschen, was ihnen in puncto Lebensqualität wichtig ist. Wir haben viel diskutiert, vor allem auf der Straße, luden zu Fachgesprächen mit Vertreterinnen und Vertretern von Kommunalpolitik, Gewerkschaften, Verkehrsverbänden, Sparkassen, Polizeidienststellen, Krankenhäusern, Vereinen, Unternehmen ein.

Was bewegt die Leute?

Erstens der öffentliche Nahverkehr, die Frage, wie es um die Mobilität auf dem Lande steht, wie Bus- und Bahnlinien erreichbar sind. Zweitens die Gesundheitsversorgung: Gibt es genug gut erreichbare Ärzte und Krankenhäuser? Dritter Punkt ist die regionale Wirtschaft: Finden die Menschen noch Arbeit in ihrer Region? Welche Wirtschaftszweige gibt es, wie geht es dem Klein- und Mittelstand? Welche Alternativen gibt es, wenn Wirtschaftszweige in Zukunft nicht mehr existieren werden, wie das Lausitzer Braunkohlerevier? Viertens ging es natürlich um Sicherheit: Fühlen sich die Menschen sicher? Werden ihre Ängste ernst genommen, gibt es genug Polizisten?

Und, welchen Eindruck haben Sie gewonnen?

Alle ländlichen Räume sind durch reges Vereinsleben, Zusammenhalt und Hilfsbereitschaft geprägt. Wir wissen nun aber auch gut, wo die Menschen der Schuh drückt. Die Mehrzahl war zu sachlichen Gesprächen bereit, machte Änderungsvorschläge und war offen für Erläuterungen politischer Zusammenhänge. Dass die Leute dabei auch mal Frust loswerden möchten, ist verständlich. Als Hauptprobleme genannt wurden lebensferner Nahverkehr, der Zwang zum Abwandern oder Pendeln, fehlende Einkaufsmöglichkeiten, Lücken im Gesundheitssystem, Kürzungen bei Kultur und Sport, auch Schul- und Kitaschließungen. Gerade in Grenznähe fühlen sich viele Menschen oft nicht sicher. Auch die Wirtschaft muss kämpfen: Mittelständler haben oft kaum Wachstumspotential, Unternehmer finden keine Nachfolger oder nicht genug Fachpersonal. Wir haben aber auch festgestellt, dass es nicht überall dieselben Probleme gibt.

Was nehmen Sie mit in den Landtag?

Wir kennen die Situation vor Ort nun genauer und müssen überlegen, wie wir in allen ländlichen Regionen gute Lebensbedingungen sichern können. Wir werden die Gesprächsergebnisse in den nächsten Monaten analysieren. Dadurch bekommen wir einen besseren Überblick, was wir als Linksfraktion fordern können, um Druck auf die Landesregierung aus CDU und SPD aufzubauen. Die sächsische Regierung muss auch gegenüber der Bundesregierung für die Interessen der Menschen in Sachsen eintreten. Wir werden Anträge und Gesetzesentwürfe einreichen, insbesondere im Kampf gegen Ärztemangel. Ein Punkt liegt beispielsweise darin, mehr Krankenhäuser zu »Allgemeinen Gesundheitlich-Medizinischen Versorgungszentren« auszubauen, in denen man auch ohne Überweisung vom Hausarzt behandelt wird.



»Wir wissen gut, wo die Menschen auf dem Lande der Schuh drückt«



Den Staat von Religionen trennen – von allen!

Auch in Sachsen wird die Glaubenslandschaft komplexer, nicht zuletzt durch Zuwanderung. Wir verteidigen die Freiheit der Religionen wie die Freiheit, frei von Religion zu sein! Niemand soll anderen religiöse Ansprüche aufzwingen dürfen. Niemand darf Nachteile erleiden, weil er bestimmte religiöse Überzeugungen teilt oder eben nicht teilt. Damit all das gewährleistet ist, muss der Staat neutral sein. Er darf keine Glaubensrichtung bevorzugen oder benachteiligen.

Wir wollen deshalb umsetzen, was Art. 109 der Landesverfassung besagt: »Die Kirchen und Religionsgemeinschaften sind vom Staat getrennt«. Da gibt es viel zu tun, wenn man bedenkt, wie die CDU-geführte Staatsregierung die christlichen Großkirchen alimentiert. Seit 1993 erhielten sie mehr als 600 Millionen Euro aus der Staatskasse. Hinzu kommen Mittel für den Religionsunterricht oder für kirchliche Kulturdenkmale sowie

weitere Vergünstigungen: Seit 2000 erhielten die Kirchen 100.000 Minuten öffentlich-rechtliche Hörfunksendezeit und 3.800 Minuten Fernsehsendezeit – kostenlos. Für den »Deutschen Katholikentag« im Mai flossen 4,5 Millionen Euro Steuergeld.

Diese »Spenden« von insgesamt mehr als einer halben Milliarde Euro haben nichts mit den diakonischen und caritativen Leistungen der Kirchen zu tun. Dafür erhalten sie, wie andere freie Träger auch, gesonderte Zahlungen.

»Durch die massive öffentliche Finanzierung wird die Trennung von Staat und Kirche ausgehöhlt«, kritisiert der LINKEN-Abgeordnete André Schollbach. Langfristig muss die staatliche Kirchenfinanzierung per Gesetz abgeschafft werden. Damit der Staat neutral wird, sind weitere Schritte notwendig: So soll sich der schulische Erziehungs- und Bildungsauftrag nicht

mehr auf eine Religion beziehen, der staatliche Kirchensteuereinzug entfallen. Auch Kirchenbeschäftigte sollen volles Streikrecht bekommen. Religiöse Symbole wären aus staatlichen Behörden und Bildungseinrichtungen zu entfernen. Zudem sollte der »Gotteslästerungsparagraph« entfallen, weil auch Religionen mit Kritik und Satire leben müssen.

Diese Forderungen sind kein Ausdruck von Religionsfeindlichkeit, im Gegenteil. Staatliche Neutralität bedeutet, alles religiöse Leben gleichermaßen zu schützen, solange niemandes Grundrechte verletzt werden. Das gilt zum Beispiel für das Recht auf körperliche Unversehrtheit oder die Gleichstellung der Geschlechter und sexuellen Orientierungen. Das Grundgesetz und die weiteren Gesetze regeln unser aller Zusammenleben. Sie gelten für alle. Egal, woran wir glauben oder nicht glauben.

■ Mehr dazu: Landtags-Drucksache 6/2665

Anti-Terror-Kampf geht nur mit den Geflüchteten

Ansbach, Würzburg, Chemnitz: Die Angst vor islamistischem Terror ist groß. Bei seiner Bekämpfung macht unser Freistaat bisher keine gute Figur, wie der Fall Jaber al-Bakr zeigt. Dessen Pläne wurden zum Glück vereitelt. Doch es gibt viele Fragen zum Polizeieinsatz, bei dem er entkam, und zu den Vorgängen in der JVA Leipzig, wo er sich trotz Bewachung das Leben nehmen konnte. Sächsische Behörden haben die Brisanz der Lage nicht erkannt. Das muss aufgearbeitet werden, von außen. Der Kommission, die die CDU-Regierung eingesetzt hat, ist nicht zu trauen. Der Ministerpräsident schiebt indes seine Minister vor, als Blitzableiter.

Der Fall al-Bakr zeigt: Unter den Hunderttausenden Geflüchteten sind auch Terroristen und IS-Täter. Trotzdem: Wer behauptet, dass die Terrorgefahr ohne die Geflüchteten kleiner wäre, lügt. Terroristen könnten sich auch als Touristen einschleichen. Kein Mensch käme deshalb auf die Idee, Urlaubsreisende generell abzuweisen. Es ist auch möglich, dass sich hier Geborene zu IS-Komplizen radikalieren. Die meisten Täter bei den Anschlügen in Paris 2015 und Brüssel 2016 waren Franzosen und Belgier.

Der Terrorgefahr können wir nur gemeinsam mit den Geflüchteten begegnen. Der Wahnsinn des IS ist einer der wichtigsten Fluchtgründe. Folglich kommen auch Menschen zu uns, die Täter identifizieren können. Wir ermutigen sie, sich an die Behörden zu wenden, die verlässliche Anlaufstellen sind und Verdachtsfälle wirklich verfolgen müssen. Vorbilder gibt es – zum Beispiel die drei mutigen Syrer, die al-Bakr auslieferten. Oder den kurdischen Journalisten Masoud Aqil: Er kam nach 280 Tagen IS-Haft per Gefangenenaustausch frei, schaffte es nach Deutschland und erkannte in einer bayerischen Flüchtlingsunterkunft einen seiner Folterknechte wieder. Er sucht nun mit der Kriminalpolizei nach IS-Tätern.

Den Terroristen kommen solche Fälle in die Quere. Sie wollen einen Keil zwischen die Mehrheitsgesellschaft und die Muslime treiben, sie leben davon, dass wir Menschen ausgrenzen, die sich dann radikalieren könnten. Wer Muslime unter Generalverdacht stellt, Geflüchtete pauschal als Terrorverdächtige verunglimpft, hilft also dem IS. Machen wir muslimischen Menschen ein attraktiveres Angebot als die islamistischen Verführer. Öffnen wir ihnen den Weg in unsere Gesellschaft, bekämpfen wir die Radikalisierung mit staatlichen Präventionsprojekten. Setzen wir auf Verständigung mit muslimischem Leben. Wenn wir aber überreagieren, uns unfreier machen, Grundrechte missachten, wenn die Angst unser Leben bestimmt – dann haben die Terroristen gewonnen.

■ Mehr dazu:
Landtags-Drucksache 6/4865

Mehr Volksentscheide in Sachsen?

CDU, SPD & AfD lehnten ab

Es war ein Déjà-vu: Erneut wollte die Linksfraktion, diesmal gemeinsam mit der GRÜNEN-Fraktion, per Gesetzentwurf die Volksgesetzgebung wiederbeleben. Der Landtag sollte Volksanträge, Volksbegehren und Volksentscheide erleichtern, damit die Verfassung gilt: »Die Gesetzgebung steht dem Landtag oder unmittelbar dem Volk zu«. Doch abermals stimmte die Mehrheit, angeführt von der CDU, dagegen. Die Regierungskoalition will über das Thema nicht einmal reden; man sehe »keinen Änderungs- und Diskussionsbedarf«, ließ uns CDU-Fraktionschef Frank Kupfer schon zum Beginn dieser Wahlperiode wissen. Auch die AfD, die sich schauamslägerisch als Vorkämpferin für direkte Demokratie gibt, lehnte unseren Vorstoß ab. Was stand noch gleich auf ihren Wahlplakaten? »Die Schweiz ist für Volksentscheide. Wir auch!« So viel zum Thema Glaubwürdigkeit.

Im letzten Vierteljahrhundert gab es in Sachsen nur einen einzigen Volksentscheid. Es ist höchste Zeit, dass der Landtag realistische Voraussetzungen für mehr Volksgesetzgebung schafft. Bisher führen erst 450.000 Unterstützungsunterschriften ein Volksbegehren zum Erfolg und damit zum Volksentscheid. 1992 konnten noch etwa zehn Prozent der Stimmberechtigten dieses Ziel erreichen. Seitdem hat das Land eine halbe Million Einwohner verloren, so dass nun schon zwölf Prozent der wahlberechtigten Bevölkerung »aktiviert« werden müssen. Die meisten Landesverfassungen legen niedrigere Grenzen fest, z. B. 3,6 % (Schleswig-Holstein) oder vier Prozent (Brandenburg). Sachsens Regierungen haben hingegen lange daran gearbeitet, dass die Volksgesetzgebung ins Koma fällt.

Nicht nur 2016, auch schon 1993, 1999, 2004, 2010 und 2015 haben wir uns im Landtag für mehr Volksgesetzgebung eingesetzt. Wir wollen, dass Volksanträge schon ab 35.000 Unterschriften (statt 40.000), Volksbegehren mit 175.000 Unterschriften (statt 450.000) möglich sind. Die Zahl der geforderten Unterschriften soll ein Prozent der Stimmberechtigten beim Volksantrag und fünf Prozent beim Volksbegehren nicht überschreiten. Umgekehrt soll der Landtag ein beschlossenes Gesetz dem Volk zur Entscheidung vorlegen dürfen.

Direkte Demokratie hat Grenzen, wenn Grund- und Menschenrechte verletzt werden könnten. Ob das der Fall ist, entscheidet im Zweifel der Sächsische Verfassungsgerichtshof. Bei vielen Themen, etwa beim längeren gemeinsamen Lernen, sind Volksentscheide jedenfalls sehr wünschenswert! Die CDU und ihre Koalitionspartner verhindern sie aber. Dabei haben die DDR-erfahrenen Ost-Länder die Volksgesetzgebung bewusst in ihre Verfassungen aufgenommen, um die Demokratie zu entwickeln. In Sachsen ist das zur Farce verkommen. Wir bleiben dran!

■ Mehr dazu: Landtags-Drucksache 6 / 1088

1	2		3	4		5	6	7	8		9		10	11		12
13			14		15					16		17				
18		19						20						21	22	
		24			25		26					27				
	28			29		30			31		32			33		
34			35		36					37			38			
	39								40				41	42		43
44					45			46			47					
49		50		51				52		53			54			
56			57			58	59			60		61				62
63					64				65				66		67	
68				69		70						71				
72			73		74				75			76			77	
	78						79				80			81		
82			83			84						85	86			
87		88			89				90		91		92			
93											94					

Waagrecht:

1. Brettspiel, **5.** Vorname des Fraktionschefs der LINKEN im Sächs. Landtag (... Gebhardt), **10.** wichtiges Wahlutensil, Stimmzettelbehälter, **13.** früher, damals, **14.** derzeit größtes gesellschaftliches Streitthema, **18.** Wahnwitz, Unvernunft, **20.** Quellfluss des Aruwimi (Zaire), **21.** Halbton unter c, **24.** Abk.: Unterer Totpunkt (Motor), **25.** rhythm. betonter Bühnentanz, **27.** fossiler Energieträger – ein Klimakiller, die LINKE will dessen Verstromung bis 2040 beenden, **28.** Zeichen für Wattstunde, **30.** Hühnerprodukt, **32.** Abk.: Landkreis, **33.** german. Kriegsgott, **34.** wichtige Form direkter Demokratie – DIE LINKE kämpft seit 25 Jahren dafür, dass sie in Sachsen eine Chance bekommt, **39.** See im Osten Mecklenburgs, **40.** eingedeichtes Marschland, **41.** Spätherbstniederschlag mit Eisablagerung, **44.** ugs.: eingeschaltet, **45.** Verhütungsmittel (ugs.), **47.** altgriech. Sagenflieger, **49.** Zutat zum »Winter«-Tee, **51.** Haustier der Lappen, **52.** mongol. Viehzüchter, **54.** Kfz.-Z. Grimma, **56.** See in Nordfinland, **58.** Raubfisch, **60.** Kfz.-Z. Lichtenfels, **63.** Stadt mit berühmt. Grabmal in Uttar Pradesh (Indien), **64.** eines der Strukturprobleme im ländlichen Raum, die gelöst werden müssen, **68.** Niedersächsisches Symphonie-Orchester (Abk.), **70.** Ausruf des Ekels, **71.** Mädchenfigur bei Astrid Lindgren, **72.** Pflanzen-/Tierart mit begrenzter Ausbreitung, **75.** chem. Symbol: Silizium, **76.** Herbstmonat (Abk.), **77.** Initialen von Schweitzer (†1965), **78.** öffentliche Infrastruktur, die in Sachsen nicht weiter ausgedünnt werden darf (Abk.), **79.** Einheit der elektr. Stromstärke, **81.** dt. Opernkomponist (†1983) »Peer Gynt«, **82.** amerik. Längenmaß (Abk.: foot), **83.** ital.: ja, **84.** arab.: Vater (bei Namen), **85.** Nachname der direkt gewählten Abgeordneten in der Linksfraktion, Juliane ..., **88.** altjapan. Brettspiel, **89.** Lücke in einer Befestigung/Wehrmauer, **92.** Bienenwachs, **93.** sächs. Hofbildhauer (1651–1732), **94.** von ihnen gibt es an sächsischen Schulen zu wenige, weshalb der Unterricht nicht mehr flächendeckend abgesichert ist.

Lösung:

62	31	75	10	66	38	1	67	56	65
----	----	----	----	----	----	---	----	----	----

Senkrecht:

1. Lebensort für ältere Menschen, in Sachsen droht auch dort Pflegenotstand, **2.** Rheinzulfluss aus der Eifel, Weinanbaugebiet, **3.** Abk.: Mobilfunkstandard, **4.** Ex-Boxweltmeister †2016 (Muhammad), **5.** Beitrag zur Schaffung der deutschen Einheit, den nicht die künftigen Rentnerinnen und Rentner bezahlen sollen, **6.** Schnellzug zwischen Großstädten (Abk.), **7.** Halbleiterplättchen mit Schaltkreis, **8.** Roman-Titel-Figur bei Fritz Selbmann (†1975), **9.** ehem. Raumstation der Kosmonauten, **10.** Abk.: Untergeschoss, **11.** Gesetzesordnung, gesetzlicher Anspruch, **12.** speisender Mensch, **15.** 3. u. 4. Fall von wir, **16.** dem Wind zugewandte Schiffsseite, **17.** Vorname des brit. Sängers und Songwriters Sudden (1956–2006), **19.** »Uhren«-Stadt am Rennsteig, **22.** Paradies der griech. Sage, **26.** gefallsüchtig, eingebildet, **28.** unhaltbarer Zustand bezüglich Unterkunft – auch in Großstädten, **29.** Internat. Raumstation (Abk.), **31.** Frucht der Buche, **32.** rechtmäßig, gesetzlich, **35.** Genesungsurlaub, **36.** Zitterpappel, **37.** Zeichen für Holmium, **38.** engl.: ziehen (mit der PC-Maus), **42.** gereizt, unruhig, **43.** Initialen Schillers, **44.** europ. Trägerrakete (Astra-Satelliten), **46.** Ziel, Staat und Religionen zu trennen – wird von der Linksfraktion verfolgt, **50.** heruntergekommen, ruiniert, **51.** Abk.: Romanum Imperium, **53.** Makrelenart, **57.** altägypt. Sonnengott, **59.** böse, niederträchtig, **61.** Nachname der bildungspolitischen Sprecherin der Linksfraktion (Cornelia), **62.** evident, ugs.: völlig eindeutig, **65.** Freihandelsabkommen – wird intransparent verhandelt und bedroht wichtige Standards, weshalb die LINKE es ablehnt, **66.** soz. Missstand, Elend, **67.** stufenförm. angeordnete Schale, weihnachtl. Tafelaufsatz (Obst), **69.** latein. Präfix: ganz, jeder, alles, **73.** Stadt in England (Pferderennplatz), **74.** röm. Zahlenzeichen für 4, **76.** engl.: oder, **79.** Einwand/-schränkung, **80.** Abk.: Einfamilienhaus, **81.** Sterbeort Wallensteins (damaliger Name), **82.** Kommunistische Partei Frankreichs (Abk.), **84.** 100m² in der Schweiz, **86.** mit ... und Krach, **88.** Kfz.-Z. Görlitz, **89.** Kfz.-Z. Braunschweig, **90.** Initialen des Seefahrers Kolumbus, **91.** span. Artikel.

Preisrätsel

Sie haben das Lösungswort gefunden?

Senden Sie es per Post an:

**Fraktion DIE LINKE
im Sächsischen Landtag
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1
01067 Dresden**

oder per E-Mail an:
linksfraktion@slt.sachsen.de

Kennwort: »LIL-Preisrätsel«.

Einsendeschluss ist der
15. Januar 2017 (Poststempel).

Unter allen richtigen Einsendungen verlosen wir unter Ausschluss des Rechtsweges **Büchergutscheine!** Die Gewinne werden zugeschickt, deshalb bitte Absender nicht vergessen. Die Einsender-Adressen werden ausschließlich zur Ermittlung der Gewinner genutzt. Die Finanzierung der Preise erfolgt über Spenden unserer Abgeordneten.

Hinweis zum Lösungswort: Sie ist nicht alles, aber ohne sie ist alles nichts!

Impressum

DIE LINKE.
Fraktion im Sächsischen Landtag

Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1, 01067 Dresden

Vorsitzender: Rico Gebhardt
Telefon: 0351 493-5800
Telefax: 0351 493-5460
E-Mail: linksfraktion@slt.sachsen.de
www.linksfraktion-sachsen.de

V.i.S.d.P.: Marcel Braumann
Druck: Torgau Druck
Auflage: 1.804.000
Stand: 11. November 2016

Unsere Landtags-Drucksachen finden Sie mit der jeweiligen Nummer im Internet unter:
<http://www.edas.landtag.sachsen.de>

